

22.09.88

Antrag

der Länder Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein

zum

Finanzplan des Bundes 1988 bis 1992**Punkt 1 b der 592. Sitzung des Bundesrates am 23. September 1988**

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Die Finanzplanung des Bundes bis 1992 berücksichtigt nicht die erkennbaren Risiken, die sich ergeben
 - bei den Ansätzen für den Bundeszuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit und bei der Arbeitslosenhilfe,
 - für den Ausgleich wechselkursbedingter Verluste des Airbus-Programms über das Jahr 1989 hinaus.
 - für die Belastungen aus der Reform der Rentenversicherung und
 - aus der Plafondierung der Zuweisungen an die Deutsche Bundesbahn bei steigender Kostenunterdeckung.

2. Im Finanzplan 1988 bis 1992 werden ebensowenig wie im Bundeshaushalt 1989 die Konsequenzen aus der Lage am Arbeitsmarkt gezogen. Obwohl die Bundesregierung selbst nur mit einem Anstieg der Beschäftigtenzahl um gut 1/2 v.H. rechnet - dies bedeutet bei steigendem Erwerbspersonenpotential die Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit - fehlen wirksame Ansätze zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Unter diesem Aspekt scheint der Abbau der Mittelstandsförderung verfehlt.

Ausgeliefert am 22. SEP. 1988

- 2 -

3. Der Bundesrat stellt fest, daß die Bundesregierung entgegen allen Aussagen der Vergangenheit im Finanzplan des Bundes 1988 bis 1992 eine Nettokreditaufnahme von insgesamt 171 Mrd. DM vorsieht; das bedeutet bei einem Durchschnitt von mehr als 34 Mrd. DM pro Jahr die höchste Neuverschuldung für einen 5-Jahres-Zeitraum in der Geschichte der Bundesrepublik. Dies führt zu einer Rekordzinsbelastung des Bundeshaushalts im Jahre 1992 in Höhe von 38,9 Mrd. DM und damit zu einer zunehmenden Einschränkung des finanziellen Handlungsspielraums.
4. Der Bundesrat stellt fest, daß der Bund seine Steuerausfälle aus der Reform 1990 durch die Verbrauchsteuererhöhungen mehr als kompensiert, während Länder und Gemeinden mit hohen finanziellen Belastungen rechnen müssen. Der Bundesrat fordert deshalb, daß ein Ausgleich hierfür über die Umsatzsteuerverteilung geschaffen wird.